

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 29. März 2017

2803. 2017/43

Beschlussantrag von Markus Hungerbühler (CVP) vom 08.03.2017: Sitzungen des Gemeinderats, versuchsweise Debatte in Schriftsprache

***Markus Hungerbühler (CVP)** begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 2745/2017): Der Beschlussantrag ist leicht verständlich, deshalb werde ich mich kurz fassen. Es geht darum, ein halbes Jahr lang auszuprobieren, wie es in diesem Ratssaal funktionieren würde, wenn alle Diskussionen auf Hochdeutsch durchgeführt würden. Nach diesem halben Jahr soll entschieden werden, ob die Diskussionen weiter in Schriftsprache erfolgen sollen. Ich verspreche mir davon eine Steigerung der Effizienz. Ausserdem hätte diese Umstellung eine Versachlichung der Debatte zur Folge. Dies wäre der Debattenkultur nicht abträglich. Die Diskussionen in diesem Rat sind nicht immer sehr freundlich und anständig. Dies könnte durch den konsequenten Gebrauch der Schriftsprache verbessert werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass bis in die 70er Jahre hinein die Diskussion in diesem Parlament auf Hochdeutsch erfolgte. Ich fordere mit diesem Antrag also eine Rückkehr zu unseren eigenen Wurzeln. Nicht alle Zuhörerinnen und Zuhörer verstehen unser Schweizerdeutsch. Einige Dialekte sind schwieriger zu verstehen. Selbstverständlich nehme ich meinen Thurgauer Dialekt nicht davon aus. Ein weiterer Grund für diesen Antrag ist, dass Schriftsprache zu einer gewissen Vereinfachung der Protokollierung des substanziellen Protokolls führen würde. Die Verwendung der Schriftsprache hat auch den angenehmen Nebeneffekt, dass wir dadurch unser Hochdeutsch auch regelmässig anwenden können und so mehr Übung haben. Es ist mir bewusst, dass diese Diskussion nicht den Fraktionslinien entlang verlaufen wird. Dies gilt auch für meine eigene Fraktion. Auch bei uns sind nicht alle von diesem Beschlussantrag begeistert. Deshalb werden hier nicht alle aus der CVP zustimmen.*

***Martin Götzl (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Der Initiant hat gesagt, dass der Vorstoss verständlich formuliert sei. Dennoch stösst er in unserer Fraktion auf Unverständnis. Gemeinderäte und Gemeinderätinnen einer Deutschschweizer Kommune sind weder national, noch international tätige Politiker. Unsere Identität ist die Mundart. Wegen dieser Identitätsfrage kann hier im Parlament nur die Mundart die Hauptsprache sein. Immer, wenn wir fremde Gäste bei uns begrüssen dürfen, sprechen wir hier im Rat Hochdeutsch. Der Pilotversuch wurde somit bereits an mehreren Abenden durchgeführt. Der Dialekt wirkt hier im Rat belebend. Es ist angenehm, wenn jemand so spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Die Schriftsprache als Debattensprache hätte wahrscheinlich einen pädagogischen Vorteil. Durch die hochdeutsche Sprache ist es so, dass insbesondere bei jüngeren Leuten oder Jugendlichen die Aufmerksamkeit höher ist. Damit tun wir 125 Gemeinderäten und Gemeinderätinnen unrecht. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass 125 Gemeinderäte und Gemeinderätinnen bei Debatten in Mundart nicht fähig sind, aufmerksam zuzuhören. Dem widerspreche ich entschieden. Ein Pilotversuch ist unnötig. Alle Ratsmitglieder kennen die Auswirkungen der Schriftsprache auf diesen Rat. Es ist fraglich, ob es sich bei dieser*

Frage um ein politisch relevantes Thema handelt. Nach den Beschlussanträgen der letzten Wochen, kann man die Frage aufwerfen, über welche Beschlussanträge künftig debattiert werden soll. Diese Themen stellen nicht die aktuellen Herausforderungen dar, denen sich die Stadt derzeit stellen muss. Diese Forderung ist medien- und publikums-wirksam, aber sachlich klar abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Hadi Huber (SP): *Es geht hier darum, eine sachliche Diskussion zu führen. Die SP hat Stimmfreigabe beschlossen. Es gibt Argumente, die für diesen Antrag sprechen. Es gibt aber auch gute Argumente gegen den Beschlussantrag. Ich vertrete die Ansicht, dass ein solcher Versuch für ein halbes Jahr sinnvoll sein kann. Wir können die Behauptung, dass die Schriftsprache den Ratsbetrieb effizienter und sachlicher machte, mit Fakten untermauern oder widerlegen. Der Ratsbetrieb funktioniert grundsätzlich bestens. Es ist interessant, dass im Rat zunächst Hochdeutsch gesprochen wurde und das Schweizerdeutsch erst später etabliert wurde. Häufig wird das Argument angeführt, es gehe darum, so zu sprechen, wie einem der Schnabel gewachsen sei. Dies hat diesem Rat leider einen bestimmten Ruf eingebracht. Böse Zungen behaupten, der Gemeinderat sei die grösste Schwatzbude der Schweiz. Es wird sehr geplaudert und dazwischengerufen. Weil wir nach dem Nationalrat und den Kantonsparlamenten von Zürich, Bern, Waadt, dem Aargau, dem Thurgau und dem Wallis das siebtgrösste Parlament der Schweiz sind, würde uns etwas mehr Seriosität gut stehen. Die Grösse des Parlaments kommt zudem nicht von ungefähr. Wir vertreten mit bald 420 000 Einwohnerinnen und Einwohnern auch das siebtgrösste Gemeinwesen der Schweiz. Es sprechen nicht alle Leute, die hier wohnen, Schweizerdeutsch. Wir vertreten nicht nur Wählerinnen und Wähler, wir vertreten die ganze Bevölkerung der Stadt. Die Sitzuteilung basiert auf der Gesamtbevölkerung und nicht auf der Anzahl der Wählenden. Damit wir eine wichtige Vertretung der ganzen Bevölkerung sind, sollten wir auch so sprechen, dass uns alle verstehen. Das Schweizerdeutsch ist keine Landessprache. Beim Protokollieren kann dies zu Verzerrungen führen, es handelt sich sicher um Mehraufwand. Es ist offen, ob dieser Beschluss Auswirkungen auf die Berichterstattung durch die Medien haben kann. Zürich setzt immer wieder starke politische Akzente für die ganze Schweiz. Wir sollten dafür sorgen, dass man uns auch in der ganzen Schweiz versteht. Ob diese vermuteten Vorteile eintreffen, erfahren wir erst, wenn wir den Pilotversuch durchführen. Es geht nicht um eine hochgestochene Art der Kommunikation, es geht um Klarheit, Verständniserleichterung und darum, eine unserer Landessprachen gemäss Bundesverfassung zu sprechen.*

Urs Fehr (SVP): *Ich finde es speziell, wenn wir uns hier immer in einer Fremdsprache unterhalten sollen. Wir sind ein Gemeindeparlament. Es ist nicht so, dass hier ein Wortprotokoll geführt wird. Es ist für mich ein vollkommen unverständlicher Beschlussantrag.*

Muammer Kurtulmus (Grüne): *Wir als Fraktion haben Stimmfreigabe beschlossen. Das Thema wurde bei uns emotional diskutiert. Einige finden den Vorstoss unnötig, einige fänden es besser, wenn im Rat Schriftsprache gesprochen würde. Ich bin dafür, dass Hochdeutsch gesprochen wird. Die Stadt hat einen Ausländeranteil von rund 30 %*

und es gibt viele Eingebürgerte. Ich habe noch immer Mühe, alle Dialekte zu verstehen. Das ist kein Argument für die Änderung, aber ich finde es wichtig, dass dies gehört wird. In der Stadt gibt es viele solche Fremde, die hier leben und arbeiten. Wir müssen die Aufmerksamkeit und das Interesse dieser Personengruppe an der Politik erhöhen.

Matthias Wiesmann (GLP): *Auch wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Es handelt sich nicht um eine politische Frage, sondern um eine Geschmacksfrage. Wir haben einen Textänderungsantrag: Der Gemeinderat beschliesst, den Ratsmitgliedern freizustellen in Schweizerdeutsch oder in Schriftsprache zu sprechen.*

Michael Schmid (FDP): *Diesen Vorschlag finde ich sehr interessant. Die FDP setzt sich für eine Reduzierung von Regulierungen ein. Es ist nirgendwo schriftlich festgehalten, dass in Dialekt gesprochen werden müsse. Es gibt auch heute schon Mitglieder in diesem Rat, die sich der Schriftsprache bedienen. Wir haben hier offensichtlich eine Unterbeschäftigung, die uns vermeintlich zwingt, Dinge zu regulieren, die hier nicht beschlossen werden müssen. Es wurde gesagt, der Dialekt führe zu lebhaften und interessanten Diskussionen, sei jedoch der Effizienz abträglich. Diese Debatte wird den Beweis erbringen, dass die Schriftsprache keinen anderen Effekt auf die Debatte hat als der Dialekt. Effizienz ist vom Votum und nicht von der Sprache abhängig. Die FDP wird diesen Vorstoss ablehnen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Wie oft kam es vor, dass der Ratspräsident nach den ersten zwei Voten vor Ineffizienz warnen musste? Sobald wir Hochdeutsch sprechen, sinkt offenbar die Effizienz. Sie sagen, dass in der Stadt Menschen aus anderen Nationen leben. Sie glauben doch nicht, dass jemand, der kein Deutsch spricht, Sie besser versteht, wenn Sie Hochdeutsch sprechen? Das Schöne an der Demokratie ist, dass gesprochen und diskutiert wird. Sprache hat eine Seele. Dies sehen Sie auch an synchronisierten Filmen. Sprache macht die Diskussion lebendig. Dies sollten wir unbedingt bewahren. Der Vorstoss ist durchschaubar. Es geht um den Wahlkampf.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die vorgelegten Argumente für diesen Beschlussantrag sind dürftig. Das Einzige, das man herausgreifen kann, ist das Argument der Effizienz der Debatte. Effizienz hängt nicht von der Sprache ab. Was soll dieser Beschlussantrag? Es handelt sich um einen Auspuffklappenvorstoss. Markus Knauss (Grüne) regte sich über den Lärm auf, den offene Auspuffklappen erzeugen. Dieser Vorstoss erzeugt viel Lärm um nichts. Wahrscheinlich ist es sogar kontraproduktiv. Wir sehen anhand der Rednerliste, wie viel Lärm hier für relativ wenig Effekt entsteht. Es fragt sich, wen Markus Hungerbühler (CVP) beeindrucken will. Es ist wahrscheinlich einfach ein Vorstoss, mit dem man Publizität erlangen will.*

Simon Kälin (Grüne): *Die Zeit ist gekommen, für die hochdeutsche Sprache eine Lanze zu brechen. Sprache stellt eine Hauptsache für eine öffentliche Debatte dar. Sprache ist eine emotionale Angelegenheit. Aus diesem Grund sind die Meinungen in den Parteien gespalten. In diesem Zusammenhang möchte ich sie an das bekannte Grundproblem jedes Parlamentarierers und jeder Parlamentarierin erinnern. Dieses Grundproblem besteht darin, dass wir unsere Notizen auf Hochdeutsch verfassen. Im Ratssaal müssen*

wir dann eine künstliche Übersetzung in den Dialekt machen. Durch die Einführung des Hochdeutschen als Ratssprache würde das Problem der Übersetzung entfallen. Zur Transparenz gehört eine gepflegte Debatte. Dazu gehört auch dieser Sprachaspekt. Ein Pilotversuch wäre aus meiner Sicht eine gute Idee. Wir haben in diesem Saal bereits einige Debatten erlebt, die aus dem Ruder gelaufen sind. Wenn auf Hochdeutsch gesprochen würde, gäbe es einen gewissen Bremseffekt. Dies wäre der Debattenkultur zuträglich. Der Aspekt der Versachlichung liesse sich nicht so einfach beurteilen. Mit der hochdeutschen Sprache liesse sich eine wertvolle Denksekunde gewinnen. Diese wäre eine Chance, besser und überlegter zu formulieren.

Mario Mariani (CVP): Ich gehöre zu dem Teil der Fraktion, die diesen Vorstoss nicht gut findet. Deshalb werde ich mich enthalten. Es ist ein guter Ansatz, die Landessprache pflegen zu wollen.

Eduard Guggenheim (AL): Es wurde bereits sehr viel gesagt. Ich möchte einige ergänzende Anmerkungen machen. Wir befinden uns nicht im Nationalrat mit vier Sprachen. Wir gehören zum alemannischen Sprachraum. Unser Alemannisch gehört zum mittelhochdeutschen Sprachgebiet. Ich habe einen guten Freund, mit dem ich Hochdeutsch sprechen muss. Er sagt mir immer, dass ich besser Hochdeutsch sprechen muss. Dabei gebe ich mir so Mühe. Hier im Rat würde die Diskussion durch das Einführen des Hochdeutschen nicht verständlicher. Die Einführung des Hochdeutschen ist für Ausländer und Ausländerinnen ein gewisser Widerspruch. Wir wollen, dass sie uns verstehen, aber wählen und abstimmen dürfen sie nicht. Es handelt sich um eine Disziplinierungsmassnahme, die hier geplant ist. Wesentlich ist, dass nicht alle Voten verstanden werden müssen. Auch die Aufmerksamkeit würde durch den Gebrauch der Schriftsprache nicht steigen. Das System des selektiven hochdeutschen Sprachgebrauchs bei Gästen hat bis anhin bestens funktioniert. Die AL wird das Postulat mit gemischten Gefühlen ablehnen.

Dr. Mario Babini (parteilos): «Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiss nichts von seiner eigenen», sagte bereits Goethe. Ich würde nicht behaupten, dass Hochdeutsch eine Fremdsprache ist, aber es gibt einen beträchtlichen Anteil an Bewohnern dieser Stadt, für die Hochdeutsch eine Fremdsprache ist. Da kann man keinesfalls davon ausgehen, dass diese Personen Mundart mehr oder weniger gut verstehen. Die aktuelle Debatte hat gezeigt, dass der Gebrauch des Hochdeutschen weniger persönlich und sachlicher ist. Diesem Argument kann ich durchaus zustimmen. Falls wir nicht einmal das Experiment wagen, haben wir keine empirischen Grundlagen für Aussagen bezüglich der Effizienzsteigerung.

Helen Glaser (SP): Die meisten Argumente wurden bereits angeführt. Ich möchte etwas zu den Landessprachen sagen. Landessprache ist unter anderem Deutsch, nicht Hochdeutsch. Somit ist auch der Dialekt eine Landessprache. Ich finde es wunderbar, wie wir hier in unseren Dialekten debattieren. Die Debatte soll lebendig, authentisch und volknahe sein. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Florian Utz (SP): Auch ich gehöre zu denjenigen, die den Antrag ablehnen. Ich teile aber die Einschätzung des Antragstellers, dass die Mundart zu lebhaften und interessanten Diskussionen führt, aber der Effizienz abträglich ist. Ich gehöre zu denjenigen, die eine lebhafte und interessante Debatte höher gewichten als die Effizienz. Bei der Frage zur Effizienzsteigerung war ich mir vor dieser Debatte sicherer als nun. Eine Debatte auf Mundart ist lebhafter und interessanter. Davor habe ich keine Angst. Es ist bereichernd, wenn wir den Wettbewerb der Argumente frei spielen lassen. Michael Schmid (FDP) hat die Frage aufgeworfen, ob eine Regulierung notwendig ist. Die Frage, welche Sprache wir hier sprechen, ist durch die Bundesverfassung geregelt. Die Bundesverfassung hält fest, dass die Sprachenfreiheit gewährleistet ist. Dies gilt auch für uns. Wir müssen hier nichts regulieren.

Stefan Urech (SVP): Ich möchte an meinem Vorredner Samuel Balsiger (SVP) anknüpfen. In einem Jahr sind Stadtratswahlen. Dieser Beschlussantrag erweckt den Eindruck, dass es hier um Publicity geht. Ich hoffe, dass diese Vermutung nicht zutrifft.

Michael Baumer (FDP): Wir können festhalten, dass diesem Beschlussantrag ein Grundlagenirrtum zugrunde liegt. Deutsch ist keine Fremdsprache. Helen Glaser (SP) hat bereits darauf hingewiesen. Wir sprechen hier Deutsch. Zweck und Sinn der Sprache ist mehr als Verständlichkeit. Hier im Rat verstehen uns die Mitglieder meistens. Presseerzeugnisse sind meist in Schriftsprache abgefasst. Somit können sich auch diejenigen, die keinen Dialekt verstehen, informieren. Diese Diskussion ist somit hinfällig. Zwischenrufe und Ausfälle sind auch auf Hochdeutsch möglich. Joschka Fischer ist hierfür ein gutes Beispiel.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Am liebsten hätte ich die Lokalsprache angewandt, aber aus Respekt vor unserer Zuhörerschaft auf der Tribüne spreche ich Hochdeutsch. Das lokale Parlament ist nicht nur wegen der Effizienz hier. Das lokale Parlament muss lokale Lösungen hervorbringen. Dazu sind Dialekte besser geeignet. Wenn wir eine Integration von Menschen fordern, die Dialekte nicht so gut verstehen, empfehle ich das Hören des Audioprotokolls. Dieses ist eine Chance, das Dialektverständnis zu üben und Lokalpolitik zu verstehen. Eine bessere Integrationsmöglichkeit kann ich mir nicht vorstellen. Ich bekenne mich zu Zürich und zum Lokalpatriotismus. Denken Sie international, sprechen Sie aber lokal.

Markus Hungerbühler (CVP): Die Textänderung lehne ich ab. Der Pilotversuch würde nicht funktionieren.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 29 gegen 80 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) ab.

Mitteilung an den Stadtrat

6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat